

## **Tamil Rights Group fordert die internationale Gemeinschaft dazu auf, den gemeinsamen Appell der Tamilen Sri Lankas zu beherzigen und entschlossen gegen den sri-lankischen Staat vorzugehen.**

zur sofortigen Veröffentlichung  
18. Januar 2021

**Markham, Kanada** – Die Tamil Rights Group (TRG) begrüßt die historische gemeinsame Erklärung, die von demokratisch gewählten Vertretern der tamilischen Oppositionsparteien, führenden Gruppen aus der tamilischen Zivilgesellschaft sowie von Überlebenden des Kriegs veröffentlicht wurde. In dieser Erklärung werden die Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNHRC) aufgefordert, bei der bevorstehenden 46. Sitzung entschlossene Maßnahmen gegen Sri Lanka zu ergreifen. Wir rufen auch die Kerngruppe zu Sri Lanka im UNHRC - insbesondere Kanada, Deutschland und Großbritannien - dazu auf, diesem gemeinsamen Appell Beachtung zu schenken und sicherzustellen, dass im nächsten Monat eine neue Resolution verabschiedet wird, die nicht nur den Prozess zur Erlangung von Rechenschaft und Gerechtigkeit für die Tamilen beschleunigt, sondern die Erfüllung dieser Pflicht auch gewährleistet.

Die Erklärung, die während des Thai-Pongal-Festes veröffentlicht wurde, weist auf das eklatante Versagen der Regierung Sri Lankas seit dem Ende des Krieges hin. Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte wurden nicht aufgeklärt und die Rechenschaft derjenigen, die solche schweren internationalen Verbrechen begangen haben, wurde nicht sichergestellt. Zudem fehlen Prozesse zur Vergangenheitsbewältigung durch die sogenannte 'Transitional Justice' sowie Wiedergutmachung für die Überlebenden, um eine Wiederholung der Verbrechen zu verhindern. In mehr als einem Jahrzehnt und unter verschiedenen Regierungen wurde diesbezüglich kaum etwas unternommen unabhängig davon, welche der singhalesischen Mehrheitspartei die Regierung stellte, betonen die Unterzeichner. Dies ist seit dem ersten Bericht des vom UN-Generalsekretär ernannten Expertengremiums kurz nach Kriegsende im Jahr 2009 der Fall. Verschiedene UNHRC-Resolutionen, inklusive der Resolution 40/1 im März 2019, führten nicht zu den vereinbarten Zielen.

Wie in der Erklärung erwähnt, versprachen die verschiedenen Regierungen Sri Lankas kategorisch den Schutz ihrer Streitkräfte vor jeglicher nationalen und internationalen Strafverfolgung trotz überwältigender Beweise, die für ein Strafverfolgung sprechen. Darüber hinaus zog sich das neue Gotabaya Rajapaksa-Regime nicht nur von der Resolution 30/1 zurück, die Sri Lanka 2015 mitgetragen hat, sondern lehnte die Einladung bei der kommenden Sitzung, eine Resolution mitzutragen, ab. In diesem Kontext haben die Unterzeichner die Mitgliedsstaaten des UNHRC nachdrücklich aufgefordert, durch eine endgültige Resolution endlich anzuerkennen, dass keine inländischen oder hybriden Mechanismen die Förderung von Rechenschaftspflicht umsetzen

können. Weitere leere Versprechungen der sri-lankischen Regierung zu inländischen Maßnahmen in den kommenden Wochen sollte den Rat nicht länger in die Irre führen.

Die Erklärung ist auch deshalb ein Meilenstein, weil zum ersten Mal alle tamilischen Oppositionsparteien den UNHRC formell aufgefordert haben, eine neue Resolution zu verabschieden, die den sri-lankischen Staat des Genozids, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen an den Tamilen Sri Lankas anklagt und die Rechenschaftspflicht und Übergangsjustiz durch andere Mittel sicherstellt. Diese Mittel sollten auch die Verweisung an den Internationalen Strafgerichtshof und die Einrichtung eines internationalen unabhängigen Untersuchungsmechanismus (IIIM) neben anderen Maßnahmen beinhalten. Diese bahnbrechende Anerkennung des Genozids durch alle tamilischen Oppositionsparteien ist besonders wichtig. Tamilische Überlebende und zivilgesellschaftliche Organisationen weisen seit langem vehement - und auf Kosten ihrer eigenen Sicherheit und Lebensgrundlage -, darauf hin, dass der Genozid am tamilischen Volk die *Ursache* und nicht das Ergebnis des Krieges ist. In der Tat geht der strukturelle Genozid seit dem Ende des Krieges unvermindert weiter. Der jüngste Akt war die Zerstörung des Mullivaikal-Gedenkschreins an der Universität von Jaffna vorletzte Woche.

Während dieser andauernde, strukturelle Genozid an den Tamilen auf Sri Lanka die ungeheuerlichste Manifestation der singhalesisch-buddhistischen Hegemonie ist, zielt die ihr zugrunde liegende Ideologie nun auch auf Muslime ab. Zudem verweigert sie weiterhin die Rechte politischer Gefangener, kriminalisiert LGBTQI+-Personen, verweigert den Arbeitern auf den Teeplantagen faire Löhne und verweigert transparente Informationen über die wirtschaftliche Situation Sri Lankas für ländliche und ärmere Bevölkerungsgruppen innerhalb der singhalesischen Bevölkerung, die langsam die Auswirkungen zu spüren bekommt. Diese Ethnokratie hat es der Rajapaksa-Familie auch ermöglicht, ihre totalitäre Autorität durch die jüngsten Änderungen der ohnehin schon mangelhaften sri-lankischen Verfassung weiter zu festigen und damit die Erwartungen an Sri Lankas verfassungsmäßige Verpflichtungen aus dem Indo-Lanka-Abkommen von 1987 weiter zu untergraben. Vor diesem Hintergrund kann nur das entschlossene Handeln der internationalen Gemeinschaft, um eine Vergangenheitsbewältigung und letztlich eine dauerhafte politische Lösung für das tamilische Volk zu gewährleisten und so eine reale Versöhnung, Entwicklung und gemeinsamen Wohlstand für alle Bevölkerungsgruppen, die die Insel bewohnen, hervorbringen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, jetzt entschlossen zu handeln, damit den Überlebenden des tamilischen Genozids in Sri Lanka nicht länger Gerechtigkeit verweigert wird. Wie wir bereits letzte Woche bemerkten, bekräftigen wir die Notwendigkeit eines breiten parlamentarischen Konsenses in Kanada, Deutschland und dem Vereinigten Königreich als bedeutsame Solidaritätsbekundung mit ihren Bürgern mit tamilischen Wurzeln sowie ein erneutes Engagement der Vereinigten Staaten und eine stärkere Beteiligung durch Indien, um als Kollektiv mit mehr Sorgfalt für die Rechte der Tamilen auf Sri Lanka vor dem UNHRC und darüber hinaus zu agieren.

---

Katpana Nagendra, Sekretariat und Pressesprecherin  
katpana@tamilrightsgroup.org | + 1 (778) 870-5824